

MENSCHENRECHTE KONKRET: VERBANDSARBEIT DER JÜDISCHEN GEMEINDEN IN SACHSEN

07. Juli 2020



In der Reihe „Menschenrechte konkret“ erzählen sächsische Organisationen der Sozial- und Bildungsarbeit, was einzelne Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für ihre Arbeit bedeuten. Heute: Landesverband Sachsen der jüdischen Gemeinden.

Wir sprachen mit Nina Fridman, Leiterin der Fachstelle für jüdische Wohlfahrtspflege beim Landesverband Sachsen der jüdischen Gemeinden, über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Ganzen und ihre Auswirkungen auf die praktische Arbeit des Verbandes.

Warum ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte heute noch notwendig?

Weil sie noch nicht vollständig umgesetzt ist. Mit Bezug auf Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Religionsfreiheit - sowohl in Deutschland als auch in Europa - müssen wir feststellen, dass rechtspopulistische Parteien zu Wort kommen und versuchen, die Gesellschaft zu spalten. Ihr rückwärtsgewandtes, europafeindliches, nationales Denken richtet sich gegen Demokratie und Gemeinwohl, zu dem alle Bürger*innen gehören. Statt solidarischem Denken und Handeln legen sie fest, wer zur Gesellschaft gehört. Als Beispiele kann man die rechtspopulistische Organisation PEGIDA und die Partei AfD nennen.

Worin sehen Sie besondere Herausforderungen im Bereich der Sozialen Arbeit und Bildung mit Blick auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte?

Etwa in Bezug auf Artikel 26 (Recht auf Bildung) Absatz 2: „Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen ethnischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“

Sind die Menschenrechte allen bekannt? Alle Fachkräfte, die Bildungsarbeit leisten, müssen dazu geschult werden. Die Konsequenz wäre aber auch, dass allen Kindern unabhängig von sozio-ökonomischem Status jede Art von Bildung zugänglich wird.

Eine weitere Herausforderung sehen wir im sozialen Bereich in Bezug auf Bildungsarbeit zum Antisemitismusabbau. Da die Erscheinungen von Antisemitismus sehr vielfältig sind und viele unterschiedliche Aspekte umfassen (wie z.B. Alltagsantisemitismus, religiöser Antisemitismus, ökonomischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus), braucht es im Kampf dagegen eine vertiefte Auseinandersetzung für Multiplikator*innen.

Worin sehen Sie die größten gesellschaftlichen Herausforderungen in Bezug auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte?

In Artikel 23 (Recht auf Arbeit und gleichen Lohn) in Abschnitten 2 und 3: „2. Jeder Mensch, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. 3. Jeder Mensch, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und der eigenen Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.“

Leider ist es immer noch ein Fakt, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit nicht gleichen Lohn erhalten. Heutzutage werden außerdem Menschen durch Billiglöhne und Zeitarbeit in Armut gedrängt. Des Weiteren ist die aktuelle Situation in Europa leider so, dass über fünf Millionen junge Menschen ohne Arbeit sind. Und damit sind sie ein leichtes Ziel für populistische und antidemokratische Bewegungen und Parteien.

Welche Lösungswege sehen Sie?

In Bezug auf Antisemitismusabbau empfehlen wir, das komplexe Thema Antisemitismus ganz separat von Rassismus und Diskriminierung in den Lehrfortbildungskatalog einzubringen.

Mehr Solidarität und Achtsamkeit auf politischer Ebene und mehr Transparenz zwischen Politik und Gesellschaft. Außerdem braucht es auch eine klare und eindeutige Definition einer Meinungsfreiheit, in der es keinen Platz für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gibt.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Lesen Sie mehr über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte auf www.institut-fuer-menschenrechte.de

Der Landesverband Sachsen der jüdischen Gemeinden ist eine von rund 200 Organisationen, die sich der [Erklärung für eine menschenrechtsorientierte Sozial- und Bildungsarbeit in Sachsen](#) angeschlossen haben.

Ihre Organisation möchte die Erklärung ebenfalls unterzeichnen?

Senden Sie eine E-Mail an [nicole.boerner\(at\)parisax.de](mailto:nicole.boerner@parisax.de) oder rufen Sie an unter 0351/ 828 71 152.

Alle bereits erschienen Interviews der Reihe können Sie [hier lesen](#).